

DIE LINKE - Partei des Alltags für die Prignitz

Ausgangslage und Bedingungen

Der Kreisverband der LINKEN in der Prignitz hat der Gestaltung des politischen, sozialen und soziokulturellen Lebens in den Kommunen immer eine zentrale Bedeutung eingeräumt.

In besonderer Weise hat sich DIE LINKE über eine an demokratischen und sozialen Maßstäben orientierte Kommunalpolitik als „Partei des Alltags“ profilieren und viel erreichen können. Das hat zu 46 Mandaten in den kommunalen Vertretungen geführt.

Wir nutzen die Spielräume in den Kommunalvertretungen für die Verwirklichung einer sozialen, bürgernahen und zukunftsorientierten Politik. Denn für uns sind die Kommunen nicht primär Verwaltungsebenen, sondern einzigartige Lebens- und Selbstentfaltungsräume für die Einwohnerinnen und Einwohner. Deshalb kann das Ziel für unser kommunalpolitisches Handeln nur die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sein, in dem

- ▶ auf der kommunalen Ebene entsprechende politische, wirtschaftliche, soziale, juristische und finanzielle Freiheiten für die zivilgesellschaftliche Selbstentwicklung und Selbstverantwortung gewährleistet werden,
- ▶ die Einwohnerinnen und Einwohner politische Entscheidungen selbst treffen bzw. eng in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen sind,
- ▶ die Verwaltungen zu wirklichen Dienstleistern für die Einwohnerinnen und Einwohner werden.

Kommunalpolitisches Handeln vollzieht sich auch im Landkreis Prignitz unter veränderten Bedingungen

Erstens haben sich die gesellschaftlichen Bedingungen und Erfordernisse zum Teil grundlegend verändert.

Nachhaltiges lokales Handeln setzt immer mehr globales Denken in der Kommunalpolitik voraus. Immer stärker schlagen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die kommunale Ebene durch. Die sinkenden Geburtenzahlen, die steigende Lebenserwartung aber auch Bevölkerungsabwanderung besonders aus

den Berlinfernen Räumen und von Jugendlichen erfordern Konsequenzen für die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge und der Entwicklung der Infrastruktur.

Zweitens hat sich die Lage der Kommunen seit Mitte der neunziger Jahre dramatisch verschlechtert. Die Kommunen sind von allen grundlegenden politischen Entscheidungen auf europäischer, Bundes- und weitgehend auch auf Landesebene faktisch ausgeschlossen.

Die Finanzausstattung der Kommunen wird gemessen an den gewachsenen Aufgaben immer weiter abgebaut.

Der Grundsatz kommunaler Selbstverwaltung wird im realen Leben zunehmend mehr ausgehebelt.

Die konkreten kommunalpolitischen Handlungsspielräume sind nicht nur sehr schmal, sondern werden zunehmend mehr eingeengt. Die kommunalpolitischen Antworten auf die täglich zu

bewältigenden Alltagsfragen müssen immer auf die jeweiligen Bedingungen vor Ort zugeschnitten sein und alle konkreten Umstände berücksichtigen. Aber in jedem konkreten Schritt von Kommunalpolitik der LINKEN müssen zwei übergreifende Grundsätze Profil bestimmend erkennbar sein:

► Sozialistische Kommunalpolitik ist emanzipatorisch darauf gerichtet, jede Entscheidung partnerschaftlich mit der Gesellschaft zu treffen und umzusetzen bzw. die Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen.

Insofern orientiert sich unsere Kommunalpolitik konsequent am Leitbild der Bürgergesellschaft und Bürgerkommune.

► Jede kommunalpolitische Entscheidung muss dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit Stand halten, also vor allem, ob und wie für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und ein Standard an sozialer Sicherheit gegeben sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass dies zum entscheidenden Kriterium für unser kommunalpolitisches Handeln in allen seinen tagtäglich konkreten Facetten wird. Sie sind auch eine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, denn an diesen Kriterien wollen wir unsere Kommunalpolitik messen lassen. Sie sind damit auch Maßstab für die Zusammenarbeit mit den Fraktionen anderer Parteien und Gruppierungen auf kommunaler Ebene.

Global denken - lokal handeln

Mehr als jemals zuvor ist Kommunalpolitik mit den globalen Entwicklungen verbunden. Wir orientieren in diesem Zusammenhang unsere Kommunalpolitik an folgenden Eckpunkten:

► Politik vor Ort muss konsequent am Agenda-21-Prozess in seiner Einheit von ökologischen, ökonomischen, sozialen und basisdemokratischen Ansprüchen ausgerichtet werden. Den Herausforderungen zur Nachhaltigkeit, der Ökologie sowie einer sozial- und klimafreundlichen Energieversorgung muss zukünftig die gleiche Aufmerksamkeit gewidmet werden wie den Fragen zur Arbeits- und Ausbildungsplatzsicherung und -schaffung, der Einkommensentwicklung, den Renten und der Bildung. Vorrangig setzt sich DIE LINKE auch auf kommunaler Ebene für erneuerbare Energien, für einen Ressourcen sparenden Rohstoffeinsatz,

für ökologisch sinnvolle Verkehrskonzepte, den Erhalt und Ausbau des ÖPNV sowie für regionale Wirtschaftskreisläufe ein. Entschieden wenden wir uns gegen den Anbau genmanipulierter Pflanzen.

► Auch in der Kommunalpolitik soll ein wirkungsvoller Beitrag zur Friedens- und Abrüstungspolitik erbracht werden. DIE LINKE in der Prignitz gehörte von Beginn an zu den entschiedenen Gegnern eines militärischen Missbrauchs der Kyritz-Ruppiner Heide als Bombenabwurfplatz für die Bundesluftwaffe bzw. NATO. Wir werden auch zukünftig gemeinsam mit allen Kräften zusammenwirken, die sich gegen die angestrebte Nutzung als Bombodrom wenden.

► DIE LINKE ist grundsätzlich dagegen, dass wirtschaftliche und soziale Sicherheit in der einen Kommune durch Wirtschafts- und Sozialabbau in der anderen erkaufte wird. Daher ist für uns interkommunale Zusammenarbeit und die Entwicklung kooperativer Modelle zur Aufgabenwahrnehmung und Aufgabenerfüllung in den Kommunen ein wichtiges zeitgemäßes Thema. Damit wollen wir Standortkonkurrenzen zwischen den Kommunen minimieren und einen Beitrag zur gleichwertigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Region gegen Wirtschafts- und

Sozialabbau leisten. Dies gilt ebenso für den Ausbau der Kooperationsbeziehungen innerhalb und zwischen den Wachstumskernen Perleberg – Wittenberge - Karstädt und dem Wachstumskern Autobahndreieck Wittstock/Dosse sowie für deren Kooperationsbeziehungen mit den umliegenden Gemeinden. Gleichmaßen gilt es die Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den kooperativen Mittelzentren Perleberg – Wittenberge und Pritzwalk – Wittstock zu intensivieren und auch hier die umliegenden Gemeinden mit einzubeziehen.

Die erarbeiteten regionalen Entwicklungskonzepte und beschlossenen Kooperationsverträge sind mit Leben zu erfüllen und weiter zu qualifizieren.

► Für uns sind das Bekenntnis zu Antifaschismus und Antirassismus kommunalpolitische Grundwerte.

Wir setzen uns dafür ein, durch Straßenbenennungen und „Stolpersteine“ des antifaschistischen Widerstands sowie der Opfer des Faschismus zu gedenken, einen breiten antifaschistischen Dialog zu führen bzw. zu fördern und Antifaschismus fest im kommunalen Leben und in der Alltagskultur zu verankern.

DIE LINKE unterstützt lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Denn rechtsextreme Parolen werden immer stärker in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert. Mit Entschiedenheit bekämpfen wir die menschenverachtende Ideologie rechtsextremer Parteien und sogenannter nationaler Bewegungen.

Menschenrechte und Menschenwürde werden von der LINKEN konsequent verteidigt. In diesem Sinne setzen wir uns allerorts für die Stärkung demokratischer Strukturen der Zivilgesellschaft ein. Lokale Aktionsbündnisse sind für uns wichtige Beiträge für den Kampf gegen antidemokratische und menschenverachtende Tendenzen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist für uns auch ein Ringen um bürgernahe Politik. Dort, wo die berechnete Unzufriedenheit von Bürgerinnen und Bürgern ignoriert wird, wird das Feld rechtsextremistischer Sozialdemagogie und Propaganda überlassen.

► Kommunale Anstrengungen für eine humane Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik, für fairen Handel mit der „Dritten Welt“, für gerechte Beziehungen zwischen den Staaten, aber auch für entsprechende kommunale Partnerschaften müssen eine feste Größe werden. Dazu gehört, dass die kommunalen Behörden

alle Handlungsspielräume zugunsten der Betroffenen ausschöpfen. Weil nur die Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommune Flüchtlinge vor Übergriffen durch Rechtsradikale und vor staatlicher Abschiebung schützen kann, unterstützt

DIE LINKE die Arbeit von Nachbarschaftsinitiativen und lokalen Asyl-Freundeskreisen und fordert die Beteiligungsrechte dieser Menschen an den Entscheidungsprozessen in Bezug auf Integration zu verbessern.

Hauptsäulen unserer Kommunalpolitik

Lokale Demokratie breit ausbauen – Beteiligung im Alltag durchsetzen

Für DIE LINKE ist die Kernfrage einer tatsächlichen Bürgerkommune, dass direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz der repräsentativen Demokratie eng miteinander gekoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Wir treten daher dafür ein, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse weiter als bisher für die Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden.

Wir fordern, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen.

Darüber hinaus bedarf es bestimmter Bedingungen zur Förderung der Mitwirkung und Teilhabe, wie

- ▶ die Stärkung der gewählten Vertretungen und ihrer Gremien gegenüber der ausführenden Verwaltung;
- ▶ eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern Transparenz und Sicherstellung eines allgemeinen Informationszugangs für die Bevölkerung, Stärkung des Petitionsrechts
- ▶ den deutlichen Ausbau der elektronischen Informations- und Kommunikationssysteme (eGovernment), um die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Vorbereitung und Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten zu befördern;
- ▶ in möglichst vielen öffentlichen Einrichtungen benachteiligten Gruppen der Gesellschaft eine solche Teilhabe zu ermöglichen (z.B. durch Barrierefreiheit, Internetanschlüsse in den Schulen, einen Kommunikationsraum in den Rathäusern ähnlich wie in den Arbeitsagenturen);
- ▶ die Breitbandversorgung für einen schnellen Internetzugang im ländlichen Raum,
- ▶ die Forderung nach einem Vergabegesetz für Brandenburg und damit für transparente, effiziente und unbürokratische Vergabepraktiken bei öffentlichen Aufträgen sowie ein konsequenter Kampf gegen Verschleierung, Korruption und Lohndumping.

Kommunale Haushalte

DIE LINKE. legt besondere Schwerpunkte darauf, dass

- ▶ in allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen und der haushalts- sowie gestaltungspolitischen Prioritätensetzung gesichert ist;
- ▶ eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die eigentlich anstehenden Aufgaben erfolgt;
- ▶ die politisch Verantwortlichen alle für die Kommunalentwicklung bedeutenden Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte stellen;
- ▶ sich die Kommunalvertretungen selbst verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger höchste Gewichtung beizumessen;
- ▶ alle Möglichkeiten für eine breite Teilnahme der Bevölkerung an den Prozessen der kommunalen Haushaltswirtschaft geschaffen werden;
- ▶ freiwillige Aufgaben hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Daseinsvor- und –fürsorge gewertet und finanziert werden;

- ▶ Kreisumlagen entsprechend der Aufgabenverteilung zwischen Kreisen und Kommunen im Sinne einer kommunalen Solidargemeinschaft von Landkreis, Städten und Gemeinden und unter Berücksichtigung der aktuellen Finanzlage zu diskutieren, festzusetzen und nachvollziehbar zu begründen;
- ▶ der Landkreis, die Städte und Gemeinden politischen Druck ausüben um die kommunale Finanzausstattung zu verbessern;
- ▶ bei Aufgabenübertragungen an die kommunale Ebene die erforderlichen Finanzen mit übertragen werden und damit das verfassungsrechtliche Konnexitätsgebot gesichert wird;
- ▶ der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst nicht zur Disposition gestellt wird.

Arbeitsweise der Kommunalvertretungen demokratisieren

DIE LINKE tritt für eine sachgerechte Arbeitsweise der Kommunalvertretungen ein, die Transparenz und demokratische Verfasstheit der Entscheidungen beinhaltet. Nur so ist auch ein eigenständiges Agieren gegenüber der Verwaltung möglich. Das bedeutet – neben dem oben Geforderten – für uns vor allem:

- ▶ Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Fraktionen im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern;
- ▶ die Nutzung von Bürgerentscheiden durch die kommunalen Selbstverwaltungsorgane;
- ▶ Rede- und Antragsrecht für Bürgerinitiativen bei sie betreffenden Themen in den kommunalen Vertretungen;
- ▶ die Stärkung der Ortsteilvertretungen, die vor allem über eigene Haushaltsmittel verfügen müssen;
- ▶ die regelmäßige Durchführung von Beratungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, ergebnisoffene Dialoge sowie moderne und international bereits übliche Beteiligungsformen wie Runde Tische, Zukunftswerkstätten, Gemeinwesenarbeit, Bürgergutachten usw.;
- ▶ Unterstützung, Ausbau und Einrichtung von themen- und personenbezogenen Beiräten wie Seniorenbeiräte, Jugend- und Frauenbeiräte, Beiräte für Kultur und kommunale wirtschaftliche Entwicklung;
- ▶ größere Transparenz der Entscheidungsvorbereitung durch Nutzung des Internets und die elektronische Bearbeitung aller Angelegenheiten der Kommunalvertretung.

Bürgerschaftliches Engagement umfassend fördern

Bürgerschaftliches Engagement ist in erster Linie eine Bereicherung unseres Lebens und benötigt eine entsprechende materielle, finanzielle und soziale kommunale Basis.

DIE LINKE tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem deshalb ein, weil sich darin im Besonderen Willen und Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen.

Verwaltungen modernisieren und Bürgernähe sichern

DIE LINKE tritt dafür ein, dass sich die Verwaltung noch konsequenter zu ihrer Dienstleistungsfunktion gegenüber Bürgerinnen und Bürger bekennt und alle modernen Möglichkeiten erhält, um als solcher agieren zu können.

Deshalb wollen wir

- ▶ eine ständige Überprüfung und Anpassung des Aufgabenkatalogs der Verwaltung entsprechend den sich verändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Anpassung ihrer Strukturen;
- ▶ die Gewährleistung einer öffentlichen Kontrolle durch konsequente Sicherung des Informations- und Akteneinsichtsrechtes für Bürgerinnen und Bürger;
- ▶ eine moderne Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürger kurze Wege durch die Einrichtung von Bürgerbüros und konsequenten Ausbau von Internetportalen sowie eine radikale Beschleunigung von Verwaltungsabläufen garantiert;
- ▶ eine Verwaltungskultur, in der Vorschläge, Anregungen und Ideen von Bürgerinnen und Bürgern als willkommene Handlungsimpulse wahrgenommen werden und treten dem Versuch, ein demokratisches Mitwirken lediglich auf die Stimmabgabe am Wahltag zu reduzieren, entgegen.

Öffentliche Leistungen, Zukunftsplanung und kommunale Daseinsvorsorge sichern

Damit die Einwohnerinnen und Einwohner tatsächlich an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können, bedarf es neben unbehinderten Teilhabe- bzw. Entscheidungsmöglichkeiten vor allem verwirklichter sozialer Grundrechte und der Sicherung eines bedarfsgerechten Niveaus der kommunalen Daseinsvorsorge.

DIE LINKE engagiert sich entschieden dafür, dass niemand von der Inanspruchnahme politischer Grundrechte und Einflussnahme aus sozialen Gründen ausgeschlossen ist. Zugleich wollen wir, dass sich die demokratische Einflussnahme der Bevölkerung auf existenzielle Grundfragen kommunaler Lebensqualität beziehen kann. Insofern bilden für uns die Stärkung der lokalen Demokratie und die Gewährleistung einer kommunalen Daseinsvorsorge in hoher Qualität eine wechselseitige Einheit.

Der Aufgabenkatalog der kommunalen Daseinsvorsorge beinhaltet alle Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln, weil sie das Zusammenleben in der Kommune sowie deren Einwohnerinnen und Einwohner betreffen.

Bildung, Jugend, Gesundheit, Soziales sowie Frauen und Senioren sind Arbeitsschwerpunkte im Handeln einer jeden Kommune.

Daher muss ihre Ausgestaltung primär unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktionsfähigkeit erfolgen, demokratisch legitimierte gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen und das öffentliche Interesse zu verwirklichen.

Die Bereitstellung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge begründet sich aus dem Vorrang gesellschaftlicher, öffentlicher Interessen und nicht aus dem Primat der Marktöffnung, des „freien Wettbewerbs“ und des „Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft“. Sie umfasst materielle Gewährleistung der allgemeinen wie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte,

Verhinderung sozialer Ausgrenzung, Schutz der Umwelt, Gleichheit der Lebensbedingungen, Gewährleistung des territorialen Zusammenhalts.

Die Einwohnerinnen und Einwohner können auf diese Dienste eben nicht verzichten, wenn der Markt sie nicht oder für sie zu unerschwinglichen Bedingungen bereitstellt.

Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn sie sich für private Unternehmen nicht rechnet. Die Einwohner in der Prignitz haben ein Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse, auf eine zukunftsfähige Entwicklung ihrer Wohnorte.

Wir fordern, die Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen grundlegend zu verbessern. Wichtige Zielsetzungen sind die Gleichstellung von behinderten Menschen mit Nichtbehinderten, die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, Benachteiligungen zu bekämpfen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge muss überall einen universellen, gleichen, und kostengünstigen Zugang zu den lebenswichtigen Dienstleistungen sicherstellen.

Sie muss Versorgungssicherheit durch territoriale und soziale Erreichbarkeit bei hoher Servicequalität zu sozialverträglichen Gebühren und gleichmäßigen qualitativen Bedingungen, unabhängig von der Rentabilität des Versorgungsunternehmens bieten.

Kommunale Unternehmen und Rekommunalisierung öffentlichen Eigentums

DIE LINKE sieht in der Kommunalwirtschaft eine tragende Säule der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunale Unternehmen sind und bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich. Zur kommunalen Grundversorgung zählen wir soziale und kulturelle Dienstleistungen, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung,

Abfallbeseitigung, Energie, Wohnen und den ÖPNV. Diese Bereiche sollten in der Regel in öffentlicher Hand und Verantwortung und sowie unter öffentlicher Kontrolle bleiben.

DIE LINKE wendet sich entschieden gegen weitere Privatisierungen kommunaler Dienstleistungen. Dort wo solche Leistungen bereits in privater Hand sind, müssen alle Formen der demokratischen Kontrolle von Unternehmensentscheidungen praktiziert werden, um die Orientierung am Gemeinwohl nachhaltig zu sichern. Dies gilt nicht nur bezogen auf Qualität und Preis kommunaler Dienstleistungen, sondern auch bezogen auf die Arbeitsbedingungen insbesondere zur Sicherung auskömmlicher Löhne. Dazu suchen wir die enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten.

Wir treten dafür ein, bereits an Dritte übertragene Betriebe und Einrichtungen zurückzukaufen, wenn die neuen Träger die kommunale Daseinsvorsorge erheblich behindern bzw. ihre Monopolstellung elementar gegen das Wohl der Gemeinschaft ausnutzen. Wir suchen darüber hinaus grundsätzlich für private Einrichtungen der Daseinsvorsorge nach Optionen der Rekommunalisierung, d.h. einer Rückführung in kommunales Eigentum, unter Berücksichtigung der jeweiligen sozialen, ökonomischen und eigentumsrechtlichen Aspekte. Dabei treten wir für den Vorrang kommunaler Eigenbetriebe ein.

Nachhaltige Regionalentwicklung stärken und interkommunale Kooperation ausbauen

DIE LINKE unterstützt den Weg, dass sich die Kommunen – auch in kommunaler bzw. Landesgrenzenüberschreitender regionaler Kooperation – auf ihre Stärken besinnen, neue Entwicklungspotenziale arbeitsteilig erschließen und so zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Trotz knapper Kassen sollte es in der kommunalen Wirtschaftsförderung möglich sein, dass Kommunen zielstrebig und unterstützt durch entsprechende landespolitische Rahmenbedingungen interkommunale Zusammenarbeit nach dem Prinzip einer sozialen und solidarischen Wirtschaftspolitik betreiben.

Dabei setzt DIE LINKE insbesondere auf die Entwicklung regionaler, ökologischer und nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe, in deren Gefolge Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Auf der Grundlage eines Leitbildes der regionalen Entwicklung geht es der LINKEN dabei vor allem um die Intensivierung der Kreislaufbeziehungen bei Produkten und Dienstleistungen zwischen den Wirtschaftssubjekten einer Region, das Knüpfen und Verstetigen der Kooperationsbeziehungen zwischen den regionalen Wirtschaftsunternehmen, den Ausbau der Lieferbeziehungen einschließlich der Transporte zwischen den Wirtschaftsunternehmen sowie das Halten von Kapital in der Region und dessen Einsatz für die Region.

DIE LINKE initiiert und fördert Modellprojekte in Kommunen und Regionen für eine energieautarke Umrüstung und setzt sich für den Aufbau von wirtschafts- und technologischen Kompetenzzentren ein.

Dazu sind Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Sozial- und Regionalpolitik eng miteinander zu verzahnen, um vorhandene Potenziale besser zu nutzen.

Für den Landkreis Prignitz stellt sich dabei der besondere Anspruch, nach unterschiedlichen Teilräumen wie z.B. den ländlichen Raum und dem Wachstumskern zu differenzieren und bezogen auf deren spezifische Erfordernisse konkrete regionalpolitische Handlungskonzepte zu entwerfen. Dazu wird DIE LINKE in der Region einen aktiven Beitrag leisten, in dem z.B. die interkommunale Zusammenarbeit weiter forciert wird.

Den ländlichen Raum lebensfähig erhalten

Der Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bürger im ländlichen Raum des Kreises kommt eine immer größere Bedeutung zu.

Die Abwanderung vor allem junger Menschen nimmt zu, die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe vollzieht sich nicht im notwendigen Maße, die touristische Nutzung kann die Defizite nicht ausgleichen. Die Landstädte schrumpfen und erhalten nicht die notwendigen finanziellen Mittel, um die Daseinsfürsorge auch für die umliegenden Gemeinden zu sichern.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit mit einem Gesamtkonzept für die Entwicklung dieser Region zu kämpfen, um den Schrumpfungsprozess positiver zu gestalten. Die Schwerpunkte sind aus heutiger Sicht:

► die Konzentration auf die Landstädte und ihr Umland als Zentren der Lebensgestaltung und der Daseinsfürsorge;

- ▶ die Regionalentwicklung als Einheit von Landwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen und Tourismus auf der Grundlage der Projekte der Regionalentwicklung und der unter Nutzung der Fördermöglichkeiten durch die EU; Agrarbetriebe als Motoren der ländlichen Entwicklung; die Förderung des ökologischen Landbaues;
- ▶ flächendeckend kinder- und jugendfreundlich zu bleiben; Bildung und Ausbildung auch in der demographischen Durststrecke hochqualitativ zu sichern, um die weitere Abwanderung junger Leute einzudämmen;
- ▶ der Ausbau und die Förderung einzelner industrieller Kerne in der Region,
- ▶ den Erhalt der Mobilität durch den ÖPNV und durch neue Verkehrskonzepte,
- ▶ alle Entwicklungsprobleme in Verbindung mit den touristischen Möglichkeiten der Region zu sehen und zu lösen .
- ▶ DIE LINKE. spricht sich für die Schaffung einer gentechnikfreien Region Prignitz aus. Der Umwelt- und Naturschutz ist als gesellschaftliche Tagesaufgabe als Einheit von nachhaltiger Wasser - und Abfallwirtschaft, Altlastenbeseitigung, Bodenschutz, Immissionsschutz und Schutz der natürlichen Umwelt mit dem Blick auf die Auswirkungen der Klimaveränderungen bei allen Entscheidungen im Kreistag und in den Parlamenten der Kommunen zu gewährleisten.

Für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt in der Prignitz - Hartz IV muss weg

Fünf Jahre nach Einführung der Agenda 2010 ist unübersehbar: die Hartz IV-Gesetze sind gescheitert, es gibt vernichtende Kritik nicht nur von der LINKEN, sondern von den Gewerkschaften und den Sozialverbänden. Hartz IV integriert nicht, sondern spaltet, und beinhaltet ein hohes Verarmungsrisiko Arbeitsloser, ihrer Familien und besonders ihrer Kinder.

Trotz der Bewegung auf dem Arbeitsmarkt, vor allem bei den Betroffenen, die von der Arbeitsagentur betreut werden, bleibt die Notwendigkeit bestehen, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Hartz IV Betroffenen, die Langzeitarbeitslosen und die immer zahlreicher werdenden „Aufstocker“ (Bürger, die von ihrem Lohn nicht leben können und Hartz IV Unterstützung beantragen müssen) in ihrem berechtigten Kampf gegen die tiefe soziale Ungerechtigkeit der Hartz IV Gesetze zu unterstützen.

Dazu nutzen wir den Kreistag und den Lenkungsbeirat der ARGE, in denen wir brisante Probleme vortragen und auf Entscheidungen im Sinne der Betroffenen drängen.

Wir fordern umgehende Gesetzesänderungen insbesondere beim Mindestlohn und beim Arbeitslosengeld II. Die bewährte Form der Anhörungen von Bürgern zu ihrer Situation mit dem ALG II wird fortgesetzt.

Zukunftsfähige Bildung – ein Schlüssel für die Lebensfähigkeit der Kommunen

DIE LINKE setzt sich ein für eine gute, zukunftsfähige Bildung für alle Kinder von Anfang an ein. Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Sie ist Grundlage für einen verantwortungsvollen, selbst bestimmten Umgang der Menschen mit sich selbst der Natur, der Gesellschaft, ermöglicht die Teilhabe an den gesellschaftlichen

Gütern, hilft Armutsrisiken zu reduzieren. Rahmenbedingungen für die Befähigung zu lebenslangem Lernen muss Ziel kommunalpolitischer Akteure sein.

DIE LINKE steht grundsätzlich für die Stärkung der öffentlichen Schulen. Schulen in freier Trägerschaft können die Angebote ergänzen und bereichern, nicht aber ersetzen. Schulwege müssen zumutbar und Schülerbeförderung kostenfrei sein.

Weil Bildung mehr als Schule ist, setzt sich DIE LINKE für die Entwicklung lokaler Bildungslandschaften ein. Die Potenziale von KITA, Tagesmüttern, Vereinen, Verbänden, Bibliotheken, Museen, Elterninitiativen, Horten, Schulen bis hin zur Wirtschaft müssen vernetzt und zu einer Kooperation auf gleicher Augenhöhe zusammengeführt werden, damit der gesamte lokale Raum zu einer anregenden Lern- und Lebensumgebung gestaltet werden kann. Kommunale Entwicklung ist immer auch vom Kind und vom lernenden Menschen aus zu denken.

Kultur – ein wichtiges Element unseres Lebens

Für uns ist Kultur kein Luxus, sondern eine große humanistische Lebenskraft, ein wichtiges geistiges Gut und der Gradmesser der gesellschaftlichen Entwicklung.

Wir setzen uns dafür ein, der Kultur einen gesetzlichen Rang als Pflichtaufgabe zu geben. Wir setzen uns dafür ein, in regionalen Entwicklungskonzeptionen Angebote für die verschiedenen Sparten der Kultur und den Zugang zu ihnen zu verankern.

Die Finanzierung kultureller Einrichtungen und Vorhaben muss durch einen entsprechenden Anteil am Landeshaushalt, am Kreishaushalt und an den Haushalten der Kommunen und durch Kultursponsoring u.a. gesichert werden. Die Lebens- und Arbeitssituation vieler Künstler, die angespannt bis dramatisch ist, ist zu verbessern.

Die Würde des Menschen ist unantastbar – auch im Alter

Wir fordern eine neue Seniorenpolitik, die nicht einfach auf Rente, Pflege und Kosten reduziert wird, sondern die aktive Mitgestaltung der Senioren in ihrem Lebensabschnitt außerhalb des Berufslebens berücksichtigt.

In den Städten und Gemeinden zeigt sich, ob die Angebote der Altenpolitik in ihrer Gesamtheit bedarfsgerecht und zukunftsorientiert ausgerichtet sind.

Daraus ergeben sich folgende Handlungsfelder:

Unsere Erkenntnisse aus vorhandenen Analysen sollten einmünden in unsere Bemühungen um einen Altenplan in der jeweiligen Kommune.

Unsere verstärkte Aufmerksamkeit gilt der Durchsetzung der von der Landesregierung angenommenen „Leitlinien zur Altenpolitik im Land Brandenburg“. Das immer noch ausstehende Bundesseniorengesetz, welches von der Volkssolidarität und weiteren Vereinen gefordert wurde, verdient unsere volle Aufmerksamkeit und Initiative.

Wir treten dafür ein, dass die Mitwirkungsrechte der Seniorenbeiräte entsprechend ihrer gesellschaftlichen Rolle angehoben werden.

Beschlossen durch die Gesamtmitgliederversammlung am 15.03.2008